

## **enduring freedom, Redemanuskript**

Reden/Artikel

### **Redemanuskript von MdB Gert Weisskirchen zur Rede im Plenum des Deutschen Bundestages am 14.11.2003 zur Verlängerung des Bundeswehrmandats im Rahmen von "enduring freedom"**

Für die SPD- Bundestagsfraktion darf ich sagen: Wir werden dem Antrag der Bundesregierung zustimmen. Deutsche Streitkräfte werden auch in den nächsten 12 Monaten eingesetzt, damit die Operation Enduring Freedom fortgesetzt werden kann. Wir stimmen dem Antrag auch deshalb zu, weil der Weltsicherheitsrat am 13.10.03 in seiner Resolution 1510 erneut bekräftigt hat, dass er die internationalen Bemühungen - im Rahmen des von ihm im Herbst 2001 gebilligten Mandats - unterstützt, terroristisches Handeln abzuwehren.

Es ist ein außergewöhnliches Mandat. Nichts wäre uns allen lieber als sagen zu können: das Mandat ist nicht mehr nötig. Ein Blick darauf, was in der Krisenzone, die das Mandat räumlich erfasst, täglich geschieht macht klar: das Mandat muß fortgesetzt werden. Denn: ein außergewöhnliches Ereignis hat es erzwungen, es hat erschüttert und es wirkt fort - der 11. September 2001. Enduring Freedom, das war und das ist die militärische Antwort darauf, dass jegliches zivilisierte Zusammenleben von terroristischen Anschlägen bedroht werden kann. Der Schrecken, von Terroristen ausgelöst, ist noch nicht bewältigt. Al Qaida ist noch nicht überwältigt. Wer das Mandat jetzt beendet, der zöge sich aus dem gemeinsamen internationalen Kampf gegen den Terrorismus zurück. Die FDP muss ich fragen: wer den eigenen Beitrag für das Mandat substanziell zurücknehmen will, welches Signal sendet er aus? Kann das nicht verstanden werden als eine Teil-Absage an die Mitverantwortung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus? Nein: Deutschland steht auch in Zukunft zu den Verpflichtungen, die wir eingegangen sind. Im Rahmen von EF haben 3900 Soldatinnen und Soldaten der BW ihren Beitrag geleistet. Wo immer sie arbeiten, haben sie Ansehen gewonnen. Dafür danken wir. Die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der BW wird, wenn wir heute so beschließen, behutsam abgesenkt auf 3100. Das ist vernünftig. Der Grund liegt auf der Hand. Die zunächst vermutete Gefahr von terroristischen Angriffen mit ABC-Waffen hat sich als gegenstandslos erwiesen. Überhaupt: diese Bundesregierung ist mit diesem Mandat, wie mit allen anderen Mandaten - und das gilt auch für die Bundesregierung zuvor - behutsam und zurückhaltend umgegangen. Werden Obergrenzen festgelegt, so sind sie zumeist unterschritten worden. Das wird auch künftig so bleiben. Das Mandat EF hat uns allen einen Lernprozess eröffnet. Zunächst haben international operierende Terrorgruppen die internationale Staatengemeinschaft zum Zusammenhandeln gezwungen. Staaten leisten daraufhin ihren jeweiligen Beitrag. Der Bundestag schließlich entscheidet über unseren Beitrag, nachdem die Reg. ihre Vorschläge uns unterbreitet, begründet und in den Ausschüssen rechtfertigt. Die Praxis des ausgeübten Mandats beweist seit zwei Jahren, dass die Bundesregierung zu jeder verabredeten Zeit und in jedem Fall das Parlament voll informiert. Immer ist das, was wir mit dem Mandat beschlossen haben, eingehalten worden. Mehr noch: die Mandatspraxis selbst vollzieht sich so, dass sie zu einer weiteren Quelle des Vertrauens wird. Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Verlauf der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses zusätzlich erklärt, dass sie die zuständigen Ausschüsse vorab informiert, falls eine Akzentverschiebung innerhalb des Mandats erforderlich sein sollte. Damit wird der Bundestag in jeder denkbaren Weise die Mandatspraxis überprüfen können. So kann das Parlament sein Recht auf Mitbeteiligung wahrnehmen. Die SPD- BTF weiß es zu schätzen: auf die Breg ist Verlass. Gemeinsam mit anderen bekämpfen wir die terroristische Herausforderung. An Abenteuern beteiligen wir uns nicht.

Der Kampf gegen Al Qaida verlangt mehr als eine militärische Antwort. Regionale Konflikte müssen beendet werden, zusammenbrechende Staaten müssen wieder aufgebaut, Modernisierungsrückstände müssen aufgeholt werden. Darauf muss die internationale Staatengemeinschaft neu verpflichtet werden. Die Globalisierung wirft einen dunklen Schatten auf Hunderte von Millionen Menschen. In ihm explodieren Kriminalität, Bürgerkrieg, privatisierte Gewalt. Hier ist der Nährboden, auf dem Terrorismus wachsen kann. Lokal marodierende Gewalt und global agierende Terroristen können eine unheilige Allianz eingehen. Sie greifen an, was sie hassen: die zivile, die offene Gesellschaft. Schwache Staaten sehen sie als ihre Beute. Sind sie erobert, werden sie zu Stützpunkten, damit der Raubzug von Gewalt transnational weiter getrieben werden kann. Gewaltmärkte bilden sich. Solange Profitchancen bestehen, die Gewalthandeln belohnen, ist es schwer, ihre Dynamik still zu legen. Was die Zivilisationen brauchen, ist eine große gemeinsame Anstrengung. Kofi Annan hat sie beschrieben. "Erstmals in der Geschichte der Menschheit haben wir die Ressourcen", heißt es in seinem jüngsten Bericht an die GV der VN, "das Wissen und die Kenntnisse, damit die Armut beseitigt wird und zwar zu Lebzeiten eines Kindes, das geboren wurde, als die Millenniums- Erklärung verabschiedet wurde. ... Die größte Hoffnung für die Armen der Welt beruht darauf, die (Millenniums- )Ziele zu verwirklichen. Wenn wir in den 12 Jahren bis 2015 die während der ersten 3 Jahren des neuen Jahrhunderts erreichte Dynamik beibehalten bzw. erhöhen, können wir diese Ziele erreichen."

Darum geht es: mit den Hunderten von Millionen, über einem Drittel der Menschheit, gemeinsam eine Perspektive des Friedens und der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität zu gewinnen.

Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, wenn wir das Mandat EF verlängern.

25 Jahre ist es her, dass Willy Brandt den Bericht der Nord- Süd-Kommission abgeschlossen hat. "Das Überleben sichern" war seine Überschrift. Auf die Menschheit sah er "eine gefährliche Zukunft" zukommen, sollten sich die Staaten nicht auf globale Reformen verständigen. Heute leben wir in einer gefährlichen Gegenwart. Mühsam kommen wir den Zielen näher, die Willy Brandt damals verwirklichen wollte. Aber eines wissen wir heute genauer, was er in unser Gedächtnis schrieb. Außenpolitik verlässt die Enge des Nationalstaates. Außenpolitik wird Weltinnenpolitik.

Wie zerbrechlich die Welt ist, in der wir leben, das haben wir lernen müssen. Vielleicht erinnert uns das daran, was unsere Zukunft sein kann. Immanuel Kant hat in seiner Schrift "Zum ewigen Frieden" notiert, wo der Ausgang zu finden ist, wenn Menschen in einer Spirale verstrickt sind, sich wechselseitig Gewalt zuzufügen: "sie müssen sich gegenseitig auf ewig eine Stütze sein."

*Veröffentlicht am 14.11.2003*